

Antrag 16/I/2020**AfA Berlin****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: AfA, FA VII - Wirtschaft und Arbeit (Konsens)****Verteidigung und Wiederherstellung der Flächen- und Branchen-Tarifverträge, für das uneingeschränkte gewerkschaftliche Streikrecht**

1 Der Flächen- bzw. Branchentarifvertrag ist das zentrale In-
2 strument zur Aufhebung bzw. Einschränkung der Lohn-
3 konkurrenz zwischen den abhängigen Beschäftigten wie
4 zwischen den Unternehmen. Er schafft soziale Sicherheit,
5 Rechtssicherheit und er bildet die Gestaltungsgrundlage
6 für die Arbeitsbeziehungen. Der Flächentarifvertrag als
7 Rückgrat des Tarifsystems ist zunehmend bedroht. Die
8 SPD Berlin unterstützt den Kampf für die Verteidigung der
9 Flächen- bzw. Branchentarifverträge und ihre Rückerobe-
10 rung, um den durch die AgendaReformen befeuerten Un-
11 terbietungswettbewerb zu bekämpfen.

12

13 Die (Re)Integration der ausgegliederten Bereiche in die
14 Flächen- und Branchentarifverträge, die Eroberung dieser
15 Tarifverträge für viele tarifvertragsfreie Zonen stärkt die
16 Tarifbindung. Sie ist eine der zentralen Herausforderun-
17 gen der Gewerkschaften. Nur so können gute Lohn- und
18 Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten gesichert und
19 damit die Teilhabe der Beschäftigten am gesellschaftlich
20 erwirtschafteten Wohlstand gesichert werden. Sie ist da-
21 mit konstitutiver Bestandteil der Demokratie.

22

23 Vor dem Hintergrund unterstützt die SPD Berlin die Kämp-
24 fe von Belegschaften.

25

26 Zugleich setzt sie sich ein, dass eine Verbesserung des
27 institutionellen Rahmens des Tarifsystems durchgesetzt
28 wird. Dies ist zum Beispiel durch eine substanzielle
29 Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitsregelungen
30 (AVE) zu erreichen. Dazu gehört auch der Kampf für die
31 Aufhebung von Gesetzen, die ein faktisches Lohndiktat
32 bedeuten, wie z.B. das DRG-System im Gesundheitswe-
33 sen oder die "Zumutbarkeitsregeln" unter den Hartz-
34 Gesetzen.

35

36 Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, dass im Verantwor-
37 tungsbereich des öffentliche Sektors die Branchen- und
38 Flächentarifverträge, d.h. TV-L und TVöD, überall voll zur
39 Geltung kommen. Sie sind der Mindeststandard.

40

41 Gesetzliches Verbot von Tarifflicht durch Ausgründung
42 und Outsourcing: Alle Formen der Ausgründung und des
43 Outsourcing in privaten und öffentlichen Unternehmen
44 führen mit Zersetzung der großen Flächentarifverträge
45 letztendlich zu einer Spaltung der Belegschaft und zu
46 einer Konkurrenz zwischen den Mitarbeiter*innen. Aus-
47 gründungen und Outsourcing zerschlagen nicht nur in-

48 nerbetriebliche Strukturen, sondern vor allem auch ge-
49 werkschaftliche.

50

51 Die Zerstörung des Systems der Branchen- und Flächen-
52 vertragssystems wie sie Arbeitgeberpräsident Ingo Kra-
53 mer mit seinen Vorschlägen zu modularen Tarifverträgen“
54 vorschlägt, lehnt die SPD Berlin ab, genauso wie Regie-
55 rungsvorschläge, die Unternehmer für den Abschluss von
56 Tarifverträgen mit Steuererleichterungen und dem Recht
57 auf Öffnungsklauseln zu belohnen.

58

59 Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, dass gegen Regierungs-
60 maßnahmen und Unternehmensentscheidungen zur Tar-
61 rifflicht das uneingeschränkte Streikrecht gelten muss.

62

63 **Begründung**

64 Der eklatante Rückgang der Wirkung der Flächen- und
65 Branchen-Tarifverträge in Deutschland und das massive
66 Ausmaß von Tarifflicht und Durchsetzung der verschie-
67 densten Formen deregulierter, prekärer Arbeitsverhältnis-
68 se in den letzten drei Jahrzehnten ist nicht nur politisch ge-
69 dultet, sondern politisch, im Namen der „Wettbewerbsfä-
70 higkeit“ des deutschen Kapitals, organisiert worden.

71

72 Der „Rückgang der Tarifbindung“ ist kein naturgegebe-
73 ner Prozess. Er ist Ergebnis der Privatisierungspolitik, die
74 in der „Ära Kohl“ insbesondere in den 90er Jahren die
75 großen staatlichen Unternehmen (Bahn, Post, Telekom,
76 aber auch Krankenhäuser und soziale Einrichtungen) dem
77 Markt ausgeliefert hat, der zerstörerischen Agenda 2010
78 der Regierung Schröder mit den Hartz-Gesetzen 2004
79 zur Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und Zersetzung
80 der Schutzfunktionen der Arbeitslosenversicherung, der
81 Schuldenbremse (seit 2009 im Grundgesetz verankert)
82 als Mittel, den Druck zur Privatisierung öffentlicher Da-
83 seinsvorsorge zu erhöhen. Diese Politik fand ihre Fortset-
84 zung in der Agenda-Politik in der Großen Koalitionsregie-
85 rung.

86

87 Diese Politik der „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“
88 hat es den Unternehmern erlaubt, erhebliche Teile der
89 Produktion in Billiglohnländer zu verlagern, Unterneh-
90 men spekulativem Finanzkapital („Heuschrecken“) auszu-
91 liefern, massiv Leiharbeit und Befristungen einzuführen,
92 tiefgreifende Umstrukturierungen auf dem Rücken der
93 Arbeitnehmer*innen vorzunehmen usw.

94

95 Die politisch gewollte Schaffung eines riesigen Niedrig-
96 lohnsektors, mit den Hartz-Gesetzen als zentralem Mit-
97 tel, hat die arbeitende Bevölkerung zutiefst gespalten. Die
98 Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und die Erosion der
99 Tarifverträge sind lediglich zwei Seiten ein und derselben
100 Medaille. Der Kampf gegen prekäre Arbeit und der Kampf

101 für die Wiedereroberung der Flächen- und Branchentarif-
102 verträge sind nicht getrennt, sie sind ein Kampf.
103
104 Zunehmend organisieren sich Kolleginnen und Kollegen,
105 um tariflose Zustände und willkürliche Lohnverhältnisse
106 zu überwinden. Viele Kolleginnen und Kollegen – bis in die
107 mittleren Gehaltsgruppen hinein – spüren, dass ihre Löh-
108 ne nicht mehr reichen, um ihnen eine Rente zu garantie-
109 ren, die sie vor Armut im Alter schützt. Dies, und die Empö-
110 rung über die Spaltung der Belegschaften über beliebige
111 Löhne und die wachsende soziale Ungerechtigkeit allge-
112 mein, haben dazu geführt, dass sie nach den Mitteln des
113 Kampfes greifen.